

Diese Planung der Verbindung der deutschen Ströme mit der Donau bedeute bereits eine Vorbereitung des Zusammenschlusses des Wirtschaftsgebietes von Mitteleuropa im Gegensatz zu der Verbindung der Vierverbandsländer zu einem Wirtschaftsverband. Dieses Mitteleuropa werde dann einen gewaltigen Faktor im Handelsverkehr und im gesamten wirtschaftlichen Leben bedeuten. Dieser Zusammenschluß würde auch einen beruhigenden Ausblick geben auf eine gesicherte Zukunft unseres Volkes.

Deshalb sei dem Verkehr mit Osterreich-Ungarn und den Donauländern größte Aufmerksamkeit zuzuwenden; der Durchgangsverkehr sei zu fördern, Sachsen dürfe keine Vernachlässigung (besonders durch Preußen) erleiden, das Wort vom „Eisenbahnkrieg“ mit Preußen müsse verschwinden. Während des Krieges habe sich ein Zusammenwirken aller einzelstaatlichen Eisenbahnverwaltungen in so hervorragender Weise infolge der Notwendigkeit auf militärischem Gebiete ergeben, daß auch dem gleichen Zusammengehen in wirtschaftlicher Beziehung der Boden geebnet werden müsse. Es wäre deshalb erwünscht, die Wirksamkeit des Reichseisenbahnamtes im Sinne einer gleichmäßigen Berücksichtigung der Interessen aller Reichsteile zu erweitern, auch Sachsen erhöhte Geltung bei allen Beratungen zu verschaffen. Unser Sachsenland bedürfe eines verstärkten Einflusses auf alle Verkehrsmaßnahmen des Reiches.

Unsere Gesandtschaften in Berlin und Wien erhielten deshalb erhöhte Bedeutung, ihre Aufgaben seien wesentlich erweitert worden und könnte ihre Wirksamkeit großen Segen für das sächsische Wirtschaftsleben erringen. Dazu sei natürlich eine Instruktion durch die Regierungsorgane, die genaue Kenntnis unserer Wirtschaftslage und seiner Bedürfnisse erforderlich. Notwendig sei es aber auch, daß die Regierung das Bedürfnis unserer Industrie auf Unterstützung durch die Regierung anerkenne.

Der Antragsteller und seine politischen Freunde erachteten es aber nicht für genügend, wenn allen diesen Fragen nur stete Aufmerksamkeit geschenkt werde. Es seien vielmehr auch Maßnahmen zwecks Herbeiführung von Erfolgen auf diesen Gebieten zu ergreifen. Die neuen Wirtschaftsbedürfnisse erforderten neue Handelsverträge, und deren für uns förderliche Durchführung müsse erreicht werden. Wir ständen in einem gewissen Gegensatz zu Preußen, das in seiner Schwerindustrie ganz andere Interessen verfolge als Sachsen mit seiner überwiegenden Textilindustrie, Papierindustrie, der chemischen Industrie, der Feinmechanik und des Maschinenbaues. Beim Abschluß neuer Handelsverträge müsse Vorsorge getroffen werden, daß die sächsische Industrie hinter die in anderen Bundesstaaten vorwiegenden Industrien keinesfalls zurückgesetzt würde. Leider sei es Tatsache, daß namentlich die letzten Handelsverträge schwere Erschütterungen für unser Wirtschaftsleben mit sich gebracht hatten, die auch heute noch nicht in vollem Umfange behoben seien.

Wichtig sei es dabei, auch Maßnahmen zu treffen zur Geheimhaltung technischer Errungenschaften gegenüber dem feindlichen Auslande, Ausfuhrverbote zu erlassen für gewisse Maschinen zur Erhaltung unserer Industrie, Beschränkungen zu treffen über den Besuch unserer Hochschulen durch Ausländer, Erreichung von gleichzeitiger Abnahme gewisser Produkte bei Abgabe von Farben, Chemikalien und Medikamenten an das Ausland und dergleichen mehr.

Eine Ausgestaltung der bestehenden Organisationen zur wirksameren Orientierung unserer Regierungsvertreter sei erforderlich und ebenso diejenige der Reichsleitung. Am besten dürfte wohl die Gründung einer Reichszentralstelle sein, die in Gestalt eines Reichshandelsamtes oder Reichswirtschaftsamtes arbeiten könne, und so unserer Industrie und unserem Handel sachverständige Informationen und Vertretung im Auslande dauernd sichere. Unseren Gesandtschaften im Auslande müßte dieses Zentralamt dann eigene Vertretungen zuteilen, die Kenntnisse über alle wirtschaftlichen Fragen besäßen und uns